einigung der tschechischen KPO mit der Sozialdemokratie, in Deutschland sind ja bekanntlich große Teile der KPO (Brandler) zur SAP übergetreten.

Siegreicher Kampf gegen Lohnabbau in der Berliner sowjetrischen Handelsvertretung

Wie aus von in der Handelsvertretung bekannten Genossen mitgeteilt wird, sollte in der Vorwoche bei den Reinemachern 25 Prozent Lohnabbau und die Entlassung von ein Viertel der dort beschäftigten Frauen vorgenommen werden. Der Betriebsrat Leo Beutling sollte den Frauen in der Betriebsversammlung den Lohnabbau schmackhaft machen. Die Antwort der Frauen war ein einmütiger Streikbeschluss. Nun wurde von Beutling um Hilfe gerufen und Creutzburg erschien auf dem Plan, konnte aber auch nichts ändern. Auf den Hinweis Creutzburgs, sie müßten dieses Opfer im Interesse des Fünfjahresplans bringen, der sehr gefährdet sei, reagierten sie ebenfalls nicht. Im Gegenteil, sie stellten der Handelsvertretung eine Stunde Frist, den Lohnabbau und die angekündigten Entlassungen rückgängig zu machen, widrigenfalls sie in den Streik treten würden. Das zog, die vorgelagerten Reverse wurden zurückgenommen, es stellte sich aber in der Zwischenzeit heraus, daß fünf oder sechs Frauen — Parteimitglieder — bereits unterschrieben hatten, faktisch also Streikbrecher geworden wären.

Lohnabbau im Interesse des Fünfjahresplans. Hungerlöhne für die arbeitenden Massen, Litwinow diniert mit Papen an einem Tisch, und in Leninrad will man für sechs Millionen Rubel ein 140 Meter hohes Lenin-Denkmal bauen. Und das alles nennt sich Aufbau des Sozialismus!

Wer lacht da???!

Kriegsoperierung verboten

Der Verbotsmaschinerie zum Opfer gefallen ist auch die Monatszeitung des Allgemeinen Verbandes der Krieger- und Arbeitsopfer Deutschlands. Sechs Monate Verbot werden als erforderlich angesehen, um das Eintreten für die wolverwundenen Rechte der Krieger- und Arbeitsopfer und das Aufweichen der Gefahr eines neuen Völkermordes zu sühnen.

Betriebsversammlung verboten

Eine am Dienstag, den 18. Oktober 1932 tagende Betriebsversammlung der Berliner Bühnenarbeiter, die sich mit der Lohnbewegung an den Berliner Bühnen beschäftigten sollte, ist von der Berliner Polizei wegen „Gefährdung der öffentlichen

Sicherheit“ und Verstoß gegen die Notverordnung verboten worden.

Ein Zeichen der Zeit, selbst Betriebsversammlungen werden verboten. Hoffentlich wird bald das Luftlöcher durch Notverordnung verboten, dann herrscht wirklich Kirchhofsruhe in Deutschland.

Die Streikwelle

Wir haben in der letzten Nummer des „Kampfruf“ zur Streikwelle im Artikel: „Der Kampf gegen den Hunger“ Stellung genommen. Trotzdem konnten wir nicht alle Kämpfe würdigen, die sich in den letzten Wochen abspielten. Wir werden also nochmals die Dinge in den Vordergrund rücken, die vor allem in die Augen sprangen.

Ein wesentlicher Kampf war der **Hamburger Verkehrsarbeiter-Streik**. In diesem Kampfe zeigte es sich, daß trotz aller radikalen Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in diesem Kampfe einzriffen, durch ihren Kollegen, der augenblicklich den Polizeigewaltigen spielt, die technische Hilfe auf der Walddörfer-Bahn eingesetzt wurde. Trotzdem die Streikfront eine geschlossene war, kapitulierten die Gewerkschaftsbürokratie vor dem Schiedsspruch, den der von Papen eingesetzte Schlichter fällte.

Gerade der Hamburger Verkehrsarbeiter-Streik ist ein Beweis mehr in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, daß sich die Arbeiter auf ihre Kampforganisationen samt ihrer Berufsbirokratie nicht verlassen dürfen und nur auf ihre Klassenkraft vertrauen können.

Die Streikwelle ging weiter durch ganz Deutschland. So streikten in Dresden die Arbeiter der **Gardinenfabrik Dolritz**. Im **Hilke-Werk, Dresden-Reik**, sollte am 5. 10. der Lohnabbau durchgeführt und die 40 Stundenwoche auf 50 Proz. Lohnabbau für die 31. bis 40. Stunde eingeleitet werden. Nachdem alle Verhandlungen scheiterten, wurde der Streik mit 448 gegen 6 Stimmen beschlossen. Nach Rücksprache der Betriebsleitung mit der **Direktion in Görlitz** wurde der Lohnabbau nicht durchgeführt und man ließ die 40 Stundenwoche fallen.

In Leipzig sind die Buchbinder und graphischen Arbeiter in Bewegung. Ebenso die graphischen Hilfsarbeiter in Berlin. Auch in der **Provinz Brandenburg** stehen in verschiedenen Orten und den verschiedensten Betrieben die Arbeiter im Arbeitskampf gegen die Papen-Notverordnung. So in Spremberg wo die Arbeiter von 2 Textilfabriken 1 Tag streikten.

Außerdem in Forst N.-L., wo in den letzten Wochen 5 Betriebe betroffen wurden. In den einzelnen Betrieben in Forst werden miserable Löhne gezahlt. Die Lohndifferenz beweist sich zwischen 5—12 Mark.

In **Kottbus** streikten die Arbeiter der **Buchdruckerei Enke** gegen Lohnabbau. Hier war zu verzeichnen, daß die Polizei gegen die Sammlungen der IAH einschritt. Ein Genosse der IAH, der ein IAH-Flugblatt unterzeichnete, in dem die be-

strebte Firma angegriffen wurde, ist zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

In **Berlin** streikten eine ganze Reihe kleinerer und größerer Betriebe. Auch die Arbeiter der **Berliner Hafen-Anlagen** streikten. Anfang des Monats streikten die **Möbeltransportarbeiter**.

Auch unter den Arbeitern und Angestellten der **Berliner Verkehrsgesellschaft** ärgert es. In der **Herrenwäscheabteilung** von **Borchert, Pappelallee 78-79**, streikten 400 Frauen. Hier sollte auf Grund der Notverordnung ein Lohnabbau von 8 Prozent an bei Arbeiten am Fließband von 5 Prozent vorgenommen werden, da der Unternehmer 110 Neuanstellungen vorgenommen hat, erhält er schon ein „Papengeschick“ von 11000 Mark vierteljährlich. Durch den Lohnabbau will er wöchentlich nur 240 Mark „zuverdienen“.

In der Abstimmung wurde die Forderung der Firma gegen 4 Stimmen abgelehnt. Darauf erschien der bekannte „Anschluß am schwarzen Brett“, in dem die Firma einen Lohnabbau von 12,5 Proz. festsetzte. Die Arbeiterinnen traten darauf in passiver Resistenz. Als die Firma kategorisch die Wiederaufnahme verlangte, traten 400 Frauen in den Streik.

Bei allen diesen Vorgängen fehlen auch nicht die **sächsischen Textilarbeiter**. Während die Arbeiter instinktiv begreifen, daß, wenn sie weiter leben wollen, sie kämpfen müssen, so die Bürokratie dazu über, ihre Gegenmaßnahmen zu ergründen.

Schon in der letzten Woche wurde im **Reichsarbeitsministerium** darüber verhandelt, den Paragraphen der Arbeitslosenversicherung aufzuheben, der das Arbeitslosengeld das Recht zu sicherte, bei bestreikten Betrieben die Aufnahme der durch die Arbeitsämter zugewiesenen Streikarbeit zu verweigern.

Auch **Herr von Papen** hat es als ein Verbrechen angesehen, wenn die Arbeiter die Auswirkungen seiner schmutzigen Tarifverträge zum Kampf beantworteten.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die Phrase der **Friedenspflicht der Gewerkschaften**. Man erklärt heute die Arbeiter, daß auch die Durchbrechung der sogenannten Tarifverträge, auf Grund von der Regierung erlassener Notverordnungen, mit zu den Verbindlichkeiten des Tarifvertrages gehören. Und daß aus diesem Grunde die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen die Friedenspflicht einzuhalten hätten. Und über diese Kniffe und Pfiffe der Kapitalisten in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie in die Prof. Sinzheimer feststellen, ob diese Vorgänge noch in dem Rahmen des bürgerlichen Rechts passen.

Mit der Erklärung der Regierung ist den Unternehmen Tor und Tür zum Lohnabbau, auch während der Dauer eines sogenannten Tarifvertrages geöffnet worden. Und die Arbeiter erhalten heute mit aller Deutlichkeit eingepackt, daß es zwecklos war, sich die ganzen Jahre um die Tarifvertragspolitik herumzujagen. Auf der anderen Seite wird den Arbeitern in tiefer dieser Erklärung die Gegenmaßnahme des Streiks gesetzlich verboten.

Inwieweit die Gewerkschaften die „Friedenspflicht“ einhalten, geht aus einem Ausruf hervor, den der Gewerkschaftssekretär **Fabian** unseren Genossen vor dem **Betrieb Püschel u. Co. in Forst** machte: dieser lautete: „Die Gewerkschaften können nichts mehr machen, das müßt ihr selbst machen. Wir können euch nicht helfen, da wir auf Grund der Notverordnungen regierungsabhängig gemacht werden.“

An diesem Beispiel können die Arbeiter die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen deutlich erkennen. Während man auf der einen Seite die kleinen Kleckerkämpfe in die „starken Hände“ nimmt, und sie „führt“, würgt man die ausschlaggebenden Kämpfe in größeren Betrieben ab und läßt die Arbeiter im Stich, verschont sich hinter „Friedenspflicht“, **Tariftreue** und **Regierungspflicht**.

An allen diesen Vorgängen können die Arbeiter die Zwangslage der Gewerkschaftsführer erkennen. Auf der einen Seite erklären sie der „Regierung“ den Krieg, auf der anderen Seite lassen sie die Arbeiter, die diesen Kampf ernsthaft führen wollen, allein stehen, verweigern ihnen Kampfmaßnahmen und damit auch die moralische Unterstützung, die nach dem Grundsatz: **Macht einen Kessel heißer** zu machen. Wohl zeigen diese Kämpfe den Willen der Arbeiter, die Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer zurückzuschlagen zu wollen. Wir können den streikenden Arbeitern die einzelnen Betriebe nur erklären: Solange ihr bei allen Kampfmaßnahmen im Rahmen der tariflichen Rahmen bleibt, solange ihr nicht bereit, daß ihr über den Rahmen der gewerkschaftlichen Kämpfe hinausgeht, so dürft sich dabei nicht als Streikbrecher verurteilen! Das darf aber unter keinen Umständen auf die Dauer geschehen. Es gilt vor allen Dingen, den Gewerkschaften die Führung dieser Kämpfe aus den Händen zu nehmen, da sie ja nach ihren eigenen Ansprüchen nicht helfen können! Arbeiter, ihr seid eine ungeheure Kraft! Besinnt euch darauf, vertraut nicht mehr den gewerkschaftlichen Selektionskämpfen. Ein angeheurer Betrag wird an euch verdient, es ist ein Kampf aufzunehmen, einen **einheitlichen Gewerkschaftsverband** mit ihrer **Lohnknechtschaft**, mit ihrer **Ausbeutung** und **Ausplünderung** der proletarischen Klasse.

Unterm Brennglas

Nazi-Strasser als Tributknecht
Die „Vossische Zeitung“ vom 7. Oktober berichtet über ein Interview des amerikanischen Journalisten **Knickerbocker** mit dem Naziführer **Strasser**. Strasser unterstrich schon öfters erwähnten Ausführungen Hitlers über die Anerkennung der Auslandsschulden durch die Nazis. Strasser erklärte wörtlich:

„Wir erkennen die Schulden an. Wir erkennen unsere Verpflichtung an, sie zurückzahlen, obwohl ein großer Teil von ihnen zu dem Zweck eingezogen wurde, um politische Schuld zu zahlen, die wir nicht anerkennen. Nichtsdestoweniger stellen wir fest auf der Plattform eines ehrlichen Geschäftsmannes, der seine Schulden bezahlt. Die schon lange erkannte Rolle der Nazis wird erneut durch einen Ausspruch eines ihrer Prominenten bestätigt. **Knickerbocker** erklärt mit Recht, daß das Programm der Nazis vollzählig sei. Das ist wahrscheinlich in den Hauptplänen der Nazis allzu gut bekannt, denn **Göring** erklärte vor einigen Tagen promüthlich, daß **Papen** ihnen vor dem Entscheidungsmoment noch einmal Gelegenheit gesehen, die Spreng von der Weizen zu sondern.“

Uns deutet, den Nazis ist vor ihrer „stürmischen“ Weltentwicklung nach rückwärts bange.

Achtung! Groß-Hamburg Achtung!

Der jetzt in **Hamburg** auftauchende Kriegsbeschädigte und ehemalige Genosse der **KAPD Fritz Rasch** ist wegen großen Vertrauensbruch und Mißbrauch der revolutionären Solidarität Mitte Oktober 1922 aus der Berliner Organisation der **KAP** ausgeschlossen worden. **KAU Hamburg**.

Herausgeber u. für den Inhalt verantwortlich: F. Parlow, Berlin, Druckerei Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin, Lange Str. 7

Achtung! Ortsgruppen! Betrifft: Antivahlflugblatt

Der Artikel „Vorwärts zum Massenkampf“ erscheint als Flugblatt und ist zum Preise von **RM. 2.—** pro Tausend durch die Expedition des „Kampfruf“ zu beziehen. Bestellungen müssen sofort aufgegeben werden!

streikte Firma angegriffen wurde, ist zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

In **Berlin** streikten eine ganze Reihe kleinerer und größerer Betriebe. Auch die Arbeiter der **Berliner Hafen-Anlagen** streikten. Anfang des Monats streikten die **Möbeltransportarbeiter**.

Auch unter den Arbeitern und Angestellten der **Berliner Verkehrsgesellschaft** ärgert es. In der **Herrenwäscheabteilung** von **Borchert, Pappelallee 78-79**, streikten 400 Frauen. Hier sollte auf Grund der Notverordnung ein Lohnabbau von 8 Prozent an bei Arbeiten am Fließband von 5 Prozent vorgenommen werden, da der Unternehmer 110 Neuanstellungen vorgenommen hat, erhält er schon ein „Papengeschick“ von 11000 Mark vierteljährlich. Durch den Lohnabbau will er wöchentlich nur 240 Mark „zuverdienen“.

In der Abstimmung wurde die Forderung der Firma gegen 4 Stimmen abgelehnt. Darauf erschien der bekannte „Anschluß am schwarzen Brett“, in dem die Firma einen Lohnabbau von 12,5 Proz. festsetzte. Die Arbeiterinnen traten darauf in passiver Resistenz. Als die Firma kategorisch die Wiederaufnahme verlangte, traten 400 Frauen in den Streik.

Bei allen diesen Vorgängen fehlen auch nicht die **sächsischen Textilarbeiter**. Während die Arbeiter instinktiv begreifen, daß, wenn sie weiter leben wollen, sie kämpfen müssen, so die Bürokratie dazu über, ihre Gegenmaßnahmen zu ergründen.

Schon in der letzten Woche wurde im **Reichsarbeitsministerium** darüber verhandelt, den Paragraphen der Arbeitslosenversicherung aufzuheben, der das Arbeitslosengeld das Recht zu sicherte, bei bestreikten Betrieben die Aufnahme der durch die Arbeitsämter zugewiesenen Streikarbeit zu verweigern.

Auch **Herr von Papen** hat es als ein Verbrechen angesehen, wenn die Arbeiter die Auswirkungen seiner schmutzigen Tarifverträge zum Kampf beantworteten.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die Phrase der **Friedenspflicht der Gewerkschaften**. Man erklärt heute die Arbeiter, daß auch die Durchbrechung der sogenannten Tarifverträge, auf Grund von der Regierung erlassener Notverordnungen, mit zu den Verbindlichkeiten des Tarifvertrages gehören. Und daß aus diesem Grunde die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen die Friedenspflicht einzuhalten hätten. Und über diese Kniffe und Pfiffe der Kapitalisten in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie in die Prof. Sinzheimer feststellen, ob diese Vorgänge noch in dem Rahmen des bürgerlichen Rechts passen.

Mit der Erklärung der Regierung ist den Unternehmen Tor und Tür zum Lohnabbau, auch während der Dauer eines sogenannten Tarifvertrages geöffnet worden. Und die Arbeiter erhalten heute mit aller Deutlichkeit eingepackt, daß es zwecklos war, sich die ganzen Jahre um die Tarifvertragspolitik herumzujagen. Auf der anderen Seite wird den Arbeitern in tiefer dieser Erklärung die Gegenmaßnahme des Streiks gesetzlich verboten.

Inwieweit die Gewerkschaften die „Friedenspflicht“ einhalten, geht aus einem Ausruf hervor, den der Gewerkschaftssekretär **Fabian** unseren Genossen vor dem **Betrieb Püschel u. Co. in Forst** machte: dieser lautete: „Die Gewerkschaften können nichts mehr machen, das müßt ihr selbst machen. Wir können euch nicht helfen, da wir auf Grund der Notverordnungen regierungsabhängig gemacht werden.“

An diesem Beispiel können die Arbeiter die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen deutlich erkennen. Während man auf der einen Seite die kleinen Kleckerkämpfe in die „starken Hände“ nimmt, und sie „führt“, würgt man die ausschlaggebenden Kämpfe in größeren Betrieben ab und läßt die Arbeiter im Stich, verschont sich hinter „Friedenspflicht“, **Tariftreue** und **Regierungspflicht**.

An allen diesen Vorgängen können die Arbeiter die Zwangslage der Gewerkschaftsführer erkennen. Auf der einen Seite erklären sie der „Regierung“ den Krieg, auf der anderen Seite lassen sie die Arbeiter, die diesen Kampf ernsthaft führen wollen, allein stehen, verweigern ihnen Kampfmaßnahmen und damit auch die moralische Unterstützung, die nach dem Grundsatz: **Macht einen Kessel heißer** zu machen. Wohl zeigen diese Kämpfe den Willen der Arbeiter, die Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer zurückzuschlagen zu wollen. Wir können den streikenden Arbeitern die einzelnen Betriebe nur erklären: Solange ihr bei allen Kampfmaßnahmen im Rahmen der tariflichen Rahmen bleibt, solange ihr nicht bereit, daß ihr über den Rahmen der gewerkschaftlichen Kämpfe hinausgeht, so dürft sich dabei nicht als Streikbrecher verurteilen! Das darf aber unter keinen Umständen auf die Dauer geschehen. Es gilt vor allen Dingen, den Gewerkschaften die Führung dieser Kämpfe aus den Händen zu nehmen, da sie ja nach ihren eigenen Ansprüchen nicht helfen können! Arbeiter, ihr seid eine ungeheure Kraft! Besinnt euch darauf, vertraut nicht mehr den gewerkschaftlichen Selektionskämpfen. Ein angeheurer Betrag wird an euch verdient, es ist ein Kampf aufzunehmen, einen **einheitlichen Gewerkschaftsverband** mit ihrer **Lohnknechtschaft**, mit ihrer **Ausbeutung** und **Ausplünderung** der proletarischen Klasse.

„Es muß endlich anders werden!“ Das ist laut der Ruf von Millionen, der Schrei einer ganzen Klasse. Der **Betriebsarbeiter** rechnet am Lohntag so und so: — Es langt nicht hin und her. Der Lohn ist durch die **Notverordnungen** so radikal gekürzt, daß er nur noch zur **Breitung des allerdinglichsten Lebensunterhaltes** reicht. Notwendige Neuanschaffungen der bescheidensten Art gestattet der Verdienst nicht mehr.

Der **Erwerbslose** braucht schon gar nicht mehr rechnen. Er ist mit seiner Unterstützung bereits an der Grenze der absoluten Bedürfnislosigkeit angelangt. Er hat schlechteres Essen als die Polizeihunde, Fleisch ist für ihn ein seltener Genuß. Die Miesschulden steigen von Monat zu Monat, Exmütterungen sind ein tägliches Strafbild. Jede Woche wächst die Zahl der Ausgesteuerten und derjenigen, denen durch bürokratische Nachprüfung die Unterstützung nochmals gekürzt wird. **Ungehörige Ernährung, keine Kohlen, keine warme Kleidung — der Arbeitslose sieht mit Grauen dem Winter entgegen.**

Die proletarische Jugend hat nicht die geringste Möglichkeit, ihr Leben zu gestalten. Sie hat keine Zukunft in der heutigen Gesellschaftsordnung!

Acht Millionen Erwerbslose, immer neue Lohnsenkungen, die Arbeiterjugend geht zugrunde, Absturz des gesamten Proletariats in die Barbarei — das ist die deutsche Republik im Herbst 1932!

„Es muß endlich anders werden!“ Jawohl, so kann es einfach nicht mehr weiter gehen! Aber wie soll es, wie kann es anders werden? Das ist die brennende Frage, die heut für die Arbeiterschaft im Vordergrund steht.

Und da nun wieder mal Wahltermin ist, sind die **parlamentarischen Parteien** schnell mit der Antwort fertig. Sie rufen jeder für sich im Chor: „Wahltag ist **Zähltag**. Wählt nur Liste Nr. **sondoso** — und es wird besser werden.“

Nun, das **Proletariat** hat auf diese Weise schon oft „gezählt“ — Es hat tatsächlich im tiefsten Sinne des Wortes — **gezählt mit unehörligen materiellen Opfern!** Denn trotz aller Wählerlei ist es seit Jahren immer schlechter geworden. Besonders in diesem Jahre kam nach jeder Wahl mindestens eine Verordnung, die den breiten Massen neue finanzielle Lasten auferlegte: sei es Lohnsenkung, Unterstützungsabbau, Rentenkürzung oder Erhöhung der steuerlichen Abgaben. Die **Arbeiterschaft hat 1932 schon viermal gewählt — und hat schließlich doch mit einer wiederholten ungehörligen Verschlechterung ihrer sozialen Lage „bezahlt“ müssen!**

Das liegt gewiß nicht an der „Faulheit“ der gewählten Abgeordneten. Anträge zur Verringerung der Massennot wurden ja reichlich gestellt, besonders von **KPD** und **SPD**. Schuld war auch nicht, daß die Wähler eine „falsche“ Liste angekreuzt haben. Alle großen parlamentarischen Parteien von Thälmann bis Hitler präsentierten ja zur Wahl soviel „Volksforderungen“, daß eben Millionen auf dem Stimmzettel die „richtige“ Nummer finden mußten. Am 31. Juli ist in den Wahlzellen sicher die riesige Menge Bockmist gemacht worden. — aber die **Wurzeln des Übels** liegt ganz wo anders.

Es ist trotz aller Wählerlei immer schlechter geworden, weil das Parlament kein Mittel ist, um die Verelendung aufzuhalten!

Der 12. September hat dafür ja den klassischen Beweis erbracht: An diesem denkwürdigen Tage beschloß bekanntlich der Reichstag auf Antrag der **KPD** die **Aufhebung** der Hungerverordnung vom 4. 9. mit 512 zu

Aus dem Inhalt:

- Langjähriges KPD-Mitglied ruft zum Wahlboykott!
- Wahlen und Revolution Gibt es eine Antisowjetfront?
- Demokratie oder Diktatur?
- Die Faschisierung der Gewerkschaften
- Die Praxis der „Einheitsfront“

ORGAN DER KAMPPRUF (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Der „KAMPPRUF“ erscheint zweimal monatlich und kostet vierteljährlich 1,50 RM, im voraus zahlbar auf Postcheck-Konto Richard Radt, Berlin Nr. 10417

Kampfruf

13. Jahr. Nr. 19 November 1932 Preis 10 Pfg.

Auf zum Wählerstreik! Selbsthandeln tut not!

Die Arbeiterklasse kann sich aus der Barbarei nur retten durch den direkten Sturz der Bourgeoisie! Und dieses Ziel wird nicht erreicht durch Parlamentsbeschluß, sondern nur durch revolutionären Machtkampf!

Es ist deshalb Jacke wie Hose, ob am 6. November der Stimmzettel in die Wahlurne oder ins Kiosket geworfen wird. Solange die Arbeiterschaft wählt, anstatt zu handeln, wird es bestimmt nicht anders, sondern die Verelendung geht weiter.

Die vier Wahlen dieses Jahres sagen jedem denkenden Arbeiter: Stimmzettel sind keine Waffen gegen die wirtschaftlichen und politischen Mächttitel des Monopolkapitalismus!

Nur ein Proletariat, das im revolutionären Generalsturm die Bourgeoisie niederwirft und die Betriebe erobert, kann der kapitalistischen Hölle entrinnen und zum Sozialismus kommen!

Das Schicksal der gesamten Arbeiterschaft hängt heute ab von ihrer selbständigen Klassenaktion gegen den Kapitalismus. Die Parole kann deshalb nur lauten: **Wählerstreik am 6. November! Proletariat, rüestet zur Selbstaktion!**

Was aber taten die Papen-Regierung und Reichspräsident Hindenburg als die höchsten Repräsentanten des „demokratischen Volkswillens“? Sie setzten sich einfach mit einem eleganten Herrenreitersprung über diesen Parlamentsbeschluß hinweg und die Notverordnung wurde brutal durchgeführt! Das „Volk“ hat am 31. Juli gewählt und durch den Reichstag seinen Willen kundgegeben — die Regierung aber führte den Willen der Kapitalistenklasse durch!

So wird es auch nach dem 6. November sein. Die **Arbeiterschaft wählt — und die Bourgeoisie handelt**, wie es ihre kapitalistischen Interessen verlangen! An dieser völligen Ohnmacht des Parlaments ändert absolut nichts der jetzige Kampf um einen neuen Reichstag. Dieser kann schließlich durch besseren Kuhhandel die Entlassung Papens bei Hindenburg erzwingen. Damit fällt aber noch lange nicht das System der kapitalistischen Hungerdiktatur. Um diese Frage jedoch geht es heute für das Proletariat, und nicht um einen „Regierungswechsel“.

So wird es auch nach dem 6. November sein. Die **Arbeiterschaft wählt — und die Bourgeoisie handelt**, wie es ihre kapitalistischen Interessen verlangen! An dieser völligen Ohnmacht des Parlaments ändert absolut nichts der jetzige Kampf um einen neuen Reichstag. Dieser kann schließlich durch besseren Kuhhandel die Entlassung Papens bei Hindenburg erzwingen. Damit fällt aber noch lange nicht das System der kapitalistischen Hungerdiktatur. Um diese Frage jedoch geht es heute für das Proletariat, und nicht um einen „Regierungswechsel“.

—Vierzehn Jahre nach ihrem militärischen Zusammenbruch stellt die Bourgeoisie auf dem Trümmerfeld einer beispiellosen wirtschaftlichen Katastrophe. Die Weltkrise, deren entscheidende Ursache das Profitsystem selbst ist, hat alle Ergebnisse des kapitalistischen Wiederaufbaus vernichtet. Die gesamte ökonomische Basis der bürgerlichen Ordnung ist heute ein wüstes Chaos. Industrie und Landwirtschaft, Handel und Bankwesen des Kapitalismus können ihre Funktion als Elemente des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft nicht mehr erfüllen. Große Teile des Produktionsapparates verrotten buchstäblich, während ca. acht Millionen Arbeitskräfte brach liegen. Die „Wirtschaftsankurbelung“ hat sich schon jetzt als Fehlschlag erwiesen, denn die hinkertelnde Autarkie-Experimente verringern die industriellen Exportmöglichkeiten um ein weiteres.

Die Widersprüche zwischen kapitalistischer Produktion und Konsumtion haben eine unüberbrückbare Kluft geschaffen. Die Folge dieses bürgerlichen Wirtschaftsbankrotts ist eine unerhörte Steigerung des sozialen Elends. Seit Jahr und Tag werden in den besitzlosen Massen die Kosten der Krise aufgebürdet in Gestalt von Lohnraub, Unterstützungsabbau, Negerstener usw. Jetzt versucht die Kapitalistenklasse, ihren Staat finanziell weiter zu entlasten durch den Papen-Plan. Aber die Wirtschaftspolitik der Regierung beschleunigt nur den Gang der Verelendung des Proletariats in demselben Maße, wie sie den Junkern und Industriearbeitern neue Extraprofite bringt.

Heute ist offenkundig, daß sich die Arbeiterklasse im Stadium der **absoluten Verelendung** befindet. Die 1924 erfolgte „Stabilisierung“ des Kapitalismus ist in ihr Gegenteil umgeschlagen und hat alle reformistischen Prophezeiungen über den Haufen geworfen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften stehen heute vor dem Scheitern ihrer Realpolitik. Ihre These „bürgerliche Demokratie plus kapitalistischer Wiederaufbau gleich Aufstieg zum Sozialismus“ ist von der eisernen Ferkel des Kapitalismus erbarmslos zerpulvert worden. Es ist aus mit der „Eroberung der Macht auf parlamentarischem Wege“ — die Kapitulation der **Severing-Braun-Grzesinski** am 20. Juli hat diesen Wählervertraum gründlich zerstört! Es ist vorbei mit der „Überwindung des Kapitalismus durch soziale Reformen“ — die Hundertdiktatur der Hindenburg-Papen hat diese kleinbürgerliche Idee ebenso brutal zerschmettert!

Wahlen und Revolution

30 Millionen Hungernde in Deutschland — das ist der Beweis, daß die im „Kommunistischen Manifest“ als Endresultat der kapitalistischen Entwicklung vorausgesagte Barbarei bereits begonnen hat! 30 Millionen Hungernde — das ist aber auch der unüberdeutbare Beweis, daß sich die Arbeiterklasse nur durch die kommunistische Revolution vor dem Untergang retten kann!

Mit gewaltigen Schlägen schmiedet heut die Geschichte die Tatsache, daß die soziale Frage des Proletariats nur noch mit dem Schwert der sozialen Revolution gelöst werden kann. Die Krise ist nicht mit kapitalistischen Mitteln zu überwinden, weil sie eine Krise des wirtschaftlichen Systems der Bourgeoisie ist. Deshalb müssen aber auch alle reformistischen Vorschläge versagen, weil sie im Grunde nur die privatwirtschaftlichen Grundsätze durch das staatskapitalistische Prinzip ersetzen wollen. Eine krisenfreie Wirtschaft jedoch ist erst möglich auf dem Fundament einer kommunistischen Produktion und Verteilung. Die elementare Voraussetzung dafür ist die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse! Erst wenn den Kapitalisten die Fabriken, Banken, Bodenschätze, also die gesamten Produktionsanlagen entrissen sind, kann das Elend der Millionen-erwerbslosigkeit beseitigt werden. Und wenn da über hinaus auch die im Staatsapparat konzentrierte politische Macht der Bourgeoisie zerschlagen wird, dann kann das Proletariat die Epoche seiner Unterdrückung und Ausbeutung beenden.

Daß die Befreiung der Arbeiterschaft von kapitalistischen Joch nur auf revolutionärem Wege möglich ist, bedarf heute im Stadium der Faschisierung, keiner langen Beweisführung mehr. Die Bourgeoisie wird wie vor ihr in der Geschichte jede herrschende Klasse, niemals freiwillig auf ihre wirtschaftlichen ökonomischen Bankrott sein mag — niemals freiwillig von der politischen Herrschaft abtreten. Und sie wird trotz formaler Demokratie jedes Parlament, das sozialistische Maßnahmen beschließt, zum Teufel jagen, denn Verfassungsfragen sind Machtfragen. Nur die soziale Revolution, d. h. der gewaltsame Umsturz aller bestehenden Verhältnisse kann der Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht bringen. Nicht der bürgerliche Parlamentarismus, sondern der revolutionäre Massenkampf ist deshalb der Weg, der zum Kapitalismus führt.

Aus den Bezirken der Union

Ostsachsen

Bericht aus Dresden
Am 11. September 1932 tagte im „Bürgerhaus“ Dresden eine Konferenz der Antifaschistischen Aktion.

Die „Arbeiterstimme“, das Organ der KPD für Ostsachsen, bringt eine vollständig falsche Darstellung der Konferenz, der wir folgenden Bericht entzogen setzen.

Es waren an der Konferenz vertreten: Arbeiter aus verschiedenen Organisationen, Delegierte aus Betrieben und Stempelstellen. Alle Arbeiter waren sichtlich mit dem Bestreben gekommen, die Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus und das kapitalistische System zu schaffen. Sie richteten den Vorfall so oft auf derartigen Konferenzen erleben, tat die KPD-Bürokratie alles, um die Einigung der Arbeiter über die KPD-Führer hinweg zu verhindern. Es wurde dabei zu den erträglichsten Mitteln gegriffen. So trug sich folgender Vorfall zu: Als der Delegierte der Antifa aus Zschachwitz sich in der Diskussion zum Wort meldete, beantragte ein Versammlungsteilnehmer, dem betreffenden Delegierten das Wort zu entziehen, weil er Gelder unterschlagen habe; und obwohl der zweite Delegierte aus Zschachwitz diese Behauptung als Verleumdung seines Genossen zurückwies und beklundete, daß er selbst wie sein Genosse von allen Antifa-Mitgliedern des Orts Zschachwitz zu Delegierten gewählt seien, wurde von der Versammlungsleitung dem betreffenden Delegierten nicht das Wort erteilt und seinem Genossen, der ihn verteidigte, das Wort entzogen.

Im Verlauf der Versammlung ging man sozarsoweit, allen den Arbeiterdelegierten das Mandat zu entziehen, die nicht einer Organisation, die der KPD untersteht, angehörten.

Die SAJ-Delegation sah daraufhin eine Protestklärung ab, die in dem Pressebericht der KPD einfach unterschlagen wurde und die wir deshalb hier wiedergeben:

Die **Delegierten des SAJ** als Delegierte von mehr als 600 Dresdener Jungarbeitern protestieren gegen das Vorgehen der Konferenz-Ledung, die durch Beschluß der Mitglieder erfolgte Delegation in der Annahme gleichberechtigter Teilnahme zu Gastdelegierte degradierte.

Durch diese Maßnahmen, die nur die Delegation des SAJ trifft, kommt offen zum Ausdruck, daß die Vertretung anderer als von der KPD anerkannten Organisationen nicht erwünscht ist. Die Leitung sabotiert dadurch bewußt die Verbreitung der antifaschistischen Aktionsbasis.

Die Delegierten des SAJ, der unsere Prinzipien und unsere Stellung zur gegenwärtigen Situation darlegte, wurde von dem größten Teil der Versammlung mit aufmerksamer Interesse angehört. Er wies besonders darauf hin, daß eine wirkliche „antifaschistische Aktion“ eine selbständige, revolutionäre Aktion des Proletariats sein muß und nicht „von oben“ organisiert werden kann. Der KAU-Redner konnte trotz Störungsversuchen durch Zwischenrufe zu Ende reden, weil dies aus der Versammlung heraus getollert wurde.

Berlin-Brandenburg

Aus der Praxis der Einheitsfront-Bewegung!
Ausgehend von der Erkenntnis, daß ein gemeinsames Handeln der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen notwendig ist, wählten die Erwerbslosen des Nachweises **Pankow, Hadlichstr.** in einer Erwerbslosen-Versammlung, die im Monat September stattfand, eine Delegation, die mit einzelnen Betrieben in Verbindung treten sollte, um über die Abwehrmaßnahmen zu beraten.

In einer Betriebsversammlung der **Brauerei Engelhardt** sollte am 4. 10. 32 nachmittags diese Theorie in die Praxis umgesetzt werden. Die Versammlung war entbesucht. Aber es scheint, als wenn es den Arbeitern bei **Engelhardt, Pankow**, noch sehr, sehr gut geht, denn man beantragte in dieser Ver-

Genossen, sammelt für den Pressefonds

sammlung, daß die „betriebsfremden Elemente“ den Saal zu verlassen haben. Die Beschäftigten liehob anders! Nun setzte der Terror denjenigen Leute ein, die jeden Satz, den sie schreiben, mit den 3 Pfeilen, dem sog. „Sinnbild der Freiheit“ schmücken.

Die unangeheure Geschäftsordnungsdebatte ergab sich, trotzdem der Sprecher der Delegation in ruhiger und sachlicher Weise den Beweggrund zum Erscheinen darlegte, wurden sie erst sich gegenseitig anzuheulen! Sie dürften sich dabei nicht die Bettler vor der Tür zu stellen, den Saal zu verlassen.

An diesem Beispiel ist zu sehen, daß sich die Arbeiter belibigen müssen, um zur wirklichen Einheitsfront zu kommen, erst sich gegenseitig anzuheulen! Sie dürften sich dabei nicht von irgend wemchen Berufsdeköler leiten lassen. Sozars ein Berufsdeköler, der von dem Einheitsausschuß eines anderen Brauereibetriebes entsandt war, wurde aus dem Saal gewiesen, ohne anzuhören, was er überhaupt wollte.

Wir aber sagen hier den Arbeitern von Engelhardt: Wacht endlich auf und erkennt, wo die wahren Spalter der Arbeiterklasse sitzen: In den Berufsorganisations!

Bücherangebot

Bücherangebot
Ueber den Bezirks-Arbeits-Ausschuß Ostsachsen ist letztmalig Gelegenheit geboten, sich mit zutem, billigem Broschürenmaterial zu versehen — insbesondere zum propagandistischen Weltvertrieb. Nur deshalb diese billigen Bezugspreise, Bestellungen von mindestens 2.— Mark portofrei. Diese müssen baldigst getätigt werden, da wir diese letzten Bestände für Ostsachsen zu verwenden beabsichtigen und sie deshalb bald vergriffen sein dürften. Es handelt sich um Restbestände folgender Titel:

Grundfragen der Erziehung (von Röhle) 10 Stück 1.— RM.
Am anderen Ufer (Häfter für son. Erziehung) Heft 1—5 0,40 RM.
Das proletarische Kind (Monatsblätter für proletarische Erziehung) 12 laufende Hefte 0,50 RM.
Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein (15 Seiten) 100 Stück 2.— RM.

Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution (16 Seiten) 100 Stück 1.— RM.
Bestellung und Bezahlung an: Werner Hoffmann, Dresden A16, Dirscherstraße 110 IV.

Öffentliche Klause

Sammelhefte Nr. 36 (Betriebl Klausner) RM. 4,35
Sammelhefte Nr. 27 (Dr. Selle & Eisler) RM. 8,10
Sammelhefte Nr. 47 (Stettiner) RM. 7,50
Sonstige später eingelaufene Sammelhefte zusammen RM. 18,80
Sa. RM. 38,83

Bisher veröffentlicht im „Kommunistischen Arbeiter“ RM. 91,35 plus RM. 38,83
Gesamtsumme RM. 130,18
Revolutionäre Unterstützungs-Kommission Berlin

Achtung

Bourgeoisie zu folgen, und dem Reichsbanner die Mitarbeit am Wehrsport untersagte. Das besagt natürlich nicht, daß die SPD von nun an eine grundsätzlich andere Politik einschlägt. Die SPD fürchtet nur, einen großen Teil ihrer Mitglieder, unter denen es ohnehin zärt, zu sehr von der Kopf zu stoßen. Das Reichsbanner wies mit Recht darauf hin, daß die Beteiligung am Reichskuratorium mit der konsequenten Fortsetzung der Panzerkreuzer-Politik und der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst verbunden wird.

Mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes wird die Bourgeoisie auch ohne Beteiligung der SPD am Reichskuratorium zum Ziel gelangen, zumal ihr noch allerlei Hilfskräfte in den SA- und SS-Truppen zur Verfügung stehen. Nur dann wird der Bourgeoisie ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, wenn das klassenbewußte Proletariat seine Aufgabe erkennt und dem Militarismuszuspuk ein Ende bereitet.

Aus den Bezirken der Union

Magdeburg
Die Ortsgruppe Magdeburg der KAU veranstaltete am Mittwoch den 18. Januar, eine öffentliche Versammlung. Als Referent sprach ein Berliner Genosse über das Thema: „Wirtschaftlicher Aufbau oder kapitalistischer Zusammenbruch.“ Die Ausführungen des Referenten gingen aus von den kapitalistischen Krisenverhältnissen der heutigen Geschichtsepoche. Eine Kritik der parlamentarischen Parteien von rechts bis links zeigte die Unfähigkeit dieser Organisationen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. SPD-Praxis und Bernsteinische Theorie, das „Hineinwachsen“ in den Sozialismus bis zum Leib- und Magen-doktor der kapitalistischen Gesellschaft, wurden beleuchtet und die Unmöglichkeit der praktischen Verwirklichung dieser Theorien aufzeigt. Der Referent brandmarkte die NSDAP als Kettenhund des Monopolkapitalismus und zerpfückte ihre vollkommen verlogenen und verneigten Programme, so daß ein „Nichts“ übrig blieb. Anschließend ging er auf die Politik der Komm.-Partei ein.

Er wies an praktischen Beispielen den ewigen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Parlaments- und Gewerkschaftspolitik der KPD nach. In der den Ausführungen des Genossen Referenten folgende Diskussion erzielte ein Genosse der Syndikalisten das Wort. Es war dem Referenten in seinem Soliloquium ein Leichtes, auf Grund der Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes und der Erkenntnis von der Richtigkeit der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung, den syndikalistischen Genossen in seinen eigenen Widersprüchen bloßzustellen. Das aufmerksame Anhören der Ausführungen des Referenten bewies, daß die anwesenden Gäste und Genossen mit diesen Ausführungen einverstanden waren. An uns wird es liegen, die mit uns sympathisierenden Arbeiter ideologisch und organisatorisch zu erlassen, um als fester und entschlossener Kern bei der unauflösblichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ziel- und richtungszweckend wirken zu können.

Massenversammlung in Gentlin
Unter dem Thema „Führer oder Masse?“ hielt die hiesige Ortsgruppe der KAU, tatkräftig unterstützt durch Brandenburger Genossen, am 17. I. eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Diese Versammlung diente ausschließlich einer Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, auf deren Veranlassung die Versammlung einberufen wurde.

Ausgehend von der internationalen Krise des kapitalistischen Systems, ihren Ursachen und Wirkungen, auch im faschistischen Italien und bolschewistischen Rußland, schilderte unser Referent die verheerlichen Versuche der Kapitalisten und ihrer „Aerzte“, um zur Gesundung der Wirtschaft und Liquidierung der Krise zu kommen.

In der Diskussion sprach ein Herr Kubach, Mitglied der NSDAP aus Leipzig. Schon durch sein ironisch-überlegen-sein-wollendes Auftreten deutete dieser Herr an, daß er nicht gewillt und instande ist, auf die sachlichen Argumente und Beweise unseres Genossen einzugehen, sondern daß er mit Hilfe dieses Tuns und einer gehörigen Portion Demagogie sich aus der

Situation retten wollte. Er sang in allen Tönen das Lied auf „Adolf den Großen“.

Da sich kein weiterer Diskussionsredner meldete, erhielt der Referent das Schlußwort obwohl Kubach beantragte, darüber abzustimmen. Unser Genosse stellte fest, daß seinen positiven Argumenten nichts, aber auch gar nichts entgegen gesetzt wurde. Die Ausführungen, welche Herr Kubach zum Besten gegeben habe, bezeugen eine derartige Unkenntnis mit den Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens, wie das eben nur bei „Führern“ möglich ist.

Die Ausführungen unseres Genossen wurden mit Ausnahme des SS und SA und des für eine derartige Materie ebenfalls nicht aufnahmefähigen Kleinbürgerertums, von den anwesenden Arbeitern mit größter Ruhe angehört, und war der Abend ein Erfolg für uns. Die KPD, die uns Rätekommunisten sonst immer Sektererei vorwirft, hat sich in dieser Versammlung amüsieren und schwiegen. Das muß besonders festgehalten werden!

Der Nazispiegel
Wie die Wirtschaft unter dem Faschismus angekerbelt wird

Mehr als Zweidrittel der italienischen Arbeitslosen ohne Unterstützung!
Rom, 15. Januar 1933: Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende November 1 038 757 betragen hat, ist im Dezember auf 1 124 654 Arbeitslose gestiegen, von denen 298 000 im Genäu einer (?) Arbeitslosen-Unterstützung standen.

Da die amtlichen Statistiken Lügenberichte sind, ist anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Nicht-unterstützten viel höher ist, und das im Angesicht des Vorbildes aller Nazis, Mussolini, und im Angesicht des Stellvertreters des „lieben Gottes“ auf Erden.

Faschistische Waffenschiefungen
Der Hirtenberger Waffenkandal

Paris, 19. Januar: Der Außen-Ausschuß der Kammer hat sich gestern mit der Hirtenberger Waffen-Affäre beschäftigt. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Pierre Cot, bestätigte die von der sozialistischen Presse veröffentlichten Nachrichten.

Nach den Ausführungen des Dollfuß haben 47 Waggons mit Waffen für Ungarn die österreichische Grenze passiert. Der sozialistische Abgeordnete Longuet erklärte: „daß nicht weniger als 65 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre modernster italienischer Konstruktion nach Italien nach Ungarn geschickt worden seien.“ Die Waffen sind von Verona von einem Major (Günsepe Cortese) an die Hirtenberger Waffenfabrik unter der Adresse eines gewissen Herrn Mandl abgemant worden.“

Nun wird man große Petitionen an den Völkerbund richten. Man wird sich an die erstellten Hemdröhren schließen, denn das ist alles billig. Inzwischen wird aus dem Profeten das Geld herausgequetscht, um diese Wortwälder, die doch nur dazu da sind, gegen Arbeiter gerichtet zu werden, zu bezahlen. (Lute Zeiten sind angeblich nicht auf der Welt für Waffen-schieber.)

Die „freundlich“, „feindlichen“ Brüder

Aus Innsbruck wird unterm 18. Januar folgendes gemeldet: Heute nacht kam es auf der Innbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrleuten. Als beide Gruppen beim Vorbeimarsch aneinander „Heil Hitler“ beziehungsweise „Heil Starbarnberg“ riefen, entstand eine Schlägerei. Zwei Beteiligte erlitten an der Hand am Kopf, zahlreiche andere Personen leichte Verletzungen.

Die braune Wache weint! (?)
... Am Sonntag vor dem goldenen Sonntag war mittags die fälschliche Haaswache im Hitler-Haus (Wien) abgezogen. An ihre Stelle traten andere Nazimänner. Da erregte sich folgendes: Im Wachzimmer begannen sich die Anger der anwesenden SS-Männer mit Tränen zu füllen und eilten sie in den Hof und suchten nach der Ursache der rätselhaften Erscheinung. Sie

war bald gefunden: „Im Heizraum, zu dem die Treppe an der Wachzimmer vordringt, war der Techniker Grillmeier an der Arbeit; er war damit beschäftigt, Tränengasröhren herzustellen.“

Nach gründlicher Durchsüchtung des Wachzimmers konnten die durch den beizenden Gestank vertriebenen SS-Männer deren Posten verlassen. Man hat ihm einen Grabstein gesetzt, die Zeitung meldet aber nicht, ob der Obernazi auch „geweinert“ hat. Es ist eine Schande für die revolutionären Arbeiter, daß sie sich das Treiben dieser braunen Pest überhaupt noch gefallen lassen.

Der braune Spuk

Es gab einmal einen Nazimann, der stritt sich mit einem armen um das „Weib“. Da die „Eifersucht“ ein Uebel ist, welche auch den „stärksten“ „deutschen“ Mann „umlegen“ kann, rief man zu den Messern, da man ja heute keine „Siegfriedschwert“ mehr hat, — und die noch da sind, sind nur zum „Ansehen“ da.

Jederfalls erlag der Nazi Wessel in diesem urteilslosen Kampfe. Er wurde der „Martyrer“ der „Berliner“ und „deutschen“ SA und SS. Man hat ihm einen Grabstein gesetzt, wessen sämtlichen gestorbenen Familienangehörigen auch dar Platz haben, und am letzten Sonntag ist man mit „Kind und Kack“ nach dem Friedhof gegangen. Das wäre alles nicht schlimm, wenn nicht durch den Beihilf: Aufstellung mit Frau Karl Liebknecht-Haus! Die gesamte Berliner revolutionäre Arbeiterschaft provokiert werden sollte! Zum Schutze nicht der Arbeiter, sondern der Berliner Arbeiterschaft auf dem Damm, die Betriebe stilllegen, d. h. streiken! Aber alles! Gas, Wasser, Elektrizität und nicht erst am Sonntag, sondern direkt sofort, wenn diese Dinge bekannt werden. Gegen derartige Provokationen kann man nicht friedlich demonstrieren, sondern da muß die Kraft des Proletariats voll eingesetzt werden. Eine klägliche Rolle spielen auch die verhandelnden „kommunistischen Führer“, die bis zuletzt bei Herrn Schleicher waren, die die Gefahr (wir fragen welche?) von Bülowplatz abzuwehren.

Hoffentlich ziehen die Berliner Proleten die Lehren aus den Vorfällen des Sonntags und lassen sich in Zukunft nicht mehr von ihren „Führern“ dirigieren, sondern handeln selbst und mit allen ihnen zu Gebote stehenden proletarischen Mitteln! NB. Und trotzdem über die oben erwähnten Dinge einmal die sozialdemokratischen Minister von Preußen verurteilen, sind sie vor einem Reichswehrtribunal mit ein paar Mann ausserrechtlich.

Der Reichstag wurde nach dem Regierungsantritt der Hitler-Papen-Hugenberg nach Hause geschickt, — weil eine „arbeitsfähige“ Mehrheit angeblich nicht vorhanden sei. Ueber diese Begründung der Auflösungsordre ist das katholische Zentrum mit allem Ernst empört, ... denn es sei gar nicht gefragt worden, ob es eine Regierung Hitler-Papen-Hugenberg tolerieren wolle. Allem Anschein nach wollte das Zentrum als treuer Sattelknecht der deutschen Bourgeoisie auch Hitler gegenüber das „Zünglein an der Waage“ spielen. Um diese Rolle ist es nun gebracht worden, und macht es in der großen Einheitsfront der Republikverteidiger mit in „Opposition“.

Alles Streiten darüber, ob die Auflösung des Reichstages usw. zu recht geschehen sei, oder ob da auf Seiten der Hitler-Papen ein Verfassungsvergehen vorliegt, ändert nichts an der Tatsache, daß wieder gewählt werden soll. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch bei dieser Wahl die Haltung des Reichskanzlers Hitler und seiner Ministerkollegen, die ganz offen erklären, daß diese Wahl vorläufig die letzte sei. Daß man auf Grund der Verabredungen der regierungstreuen Presse die Behauptung aufstellen darf, daß die Herrschenden dieser Tage am 6. März nicht freiwillig von der Bildfläche verschwinden werden, falls die Regierungsparteien nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten, soll damit unsererseits nicht gesagt sein. Fest steht jedoch, daß der gegenwärtige Reichskanzler „den Weg gehen will, der nötig ist“, denn er sagte in seiner Rede vom 10. 2. 33 u. a.:

„Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll selbst nun entscheiden. Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, so müge uns der Himmel verzeihen: wir werden den Weg gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt!“

Und der Universalmann Hugenberg sagte in seiner großen Wahlrede:

„Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte die Macht behalten — wie sie es auf alle Gefahr hin wollen.“

Diese Äußerungen aus erster Hand lassen ganz eindeutig erkennen, daß die angeblich Reichsregierung absolut nicht die Absicht hat, zu verschwinden, falls die Stimmzettelerklärung nicht die gewünschte parlamentarische Mehrheit bringt.

Und das stellt die deutsche Arbeiterschaft vor die entscheidende Frage:

Was geschieht nach dem 5. März, wenn die Hitler-Papen-Hugenberg trotz Wahlniederlage ihre Macht nicht abtrotzen?

Es darf bei Beantwortung dieser Frage nicht verkannt werden, daß die Regierung Hitler-Papen keine Papen-Regierung ist. Die Papenregierung Nr. 1 konnte auf parlamentarischem Wege beseitigt werden, — weil sie keine Massenbasis hatte. Die Papenregierung Nr. 2 hat diese Massenbasis in der Nazibewegung gefunden, und es ist sehr zweifelhaft, ob diesmal mit parlamentarischen Mitteln allein ein Regierungswechsel herbeigeführt werden kann. Dabei muß noch hinzugefügt werden, daß selbst ein nochmaliger Regierungswechsel noch lange kein Systemwechsel ist. Das hat der allzu häufige Regierungswechsel der letzten Monate zur Genüge unter Beweis gestellt.

Die Äußerungen aller nationalen Herren, die dieser Tage in Posten und Pöstchen geklettert sind, deuten an, daß

Aus dem Inhalt:

- Erste Umschau im III. Reich
- Der Bankrott des Nationalsozialismus
- Einheitsfront
- Zu den Betriebsrätewahlen
- „Ingenieursozialismus“
- Enormer Mitgliedererfolg im ADGB
- Bericht aus Dänemark

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-UNION
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

14. Jahr. Nr. 3/4 Februar 1933 Preis 10 Pfg.

Es soll wieder gewählt werden!
5. März — Und was dann? Hitlers Kurs

Der Reichstag wurde nach dem Regierungsantritt der Hitler-Papen-Hugenberg nach Hause geschickt, — weil eine „arbeitsfähige“ Mehrheit angeblich nicht vorhanden sei. Ueber diese Begründung der Auflösungsordre ist das katholische Zentrum mit allem Ernst empört, ... denn es sei gar nicht gefragt worden, ob es eine Regierung Hitler-Papen-Hugenberg tolerieren wolle. Allem Anschein nach wollte das Zentrum als treuer Sattelknecht der deutschen Bourgeoisie auch Hitler gegenüber das „Zünglein an der Waage“ spielen. Um diese Rolle ist es nun gebracht worden, und macht es in der großen Einheitsfront der Republikverteidiger mit in „Opposition“.

Alles Streiten darüber, ob die Auflösung des Reichstages usw. zu recht geschehen sei, oder ob da auf Seiten der Hitler-Papen ein Verfassungsvergehen vorliegt, ändert nichts an der Tatsache, daß wieder gewählt werden soll. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch bei dieser Wahl die Haltung des Reichskanzlers Hitler und seiner Ministerkollegen, die ganz offen erklären, daß diese Wahl vorläufig die letzte sei. Daß man auf Grund der Verabredungen der regierungstreuen Presse die Behauptung aufstellen darf, daß die Herrschenden dieser Tage am 6. März nicht freiwillig von der Bildfläche verschwinden werden, falls die Regierungsparteien nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten, soll damit unsererseits nicht gesagt sein. Fest steht jedoch, daß der gegenwärtige Reichskanzler „den Weg gehen will, der nötig ist“, denn er sagte in seiner Rede vom 10. 2. 33 u. a.:

„Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll selbst nun entscheiden. Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, so müge uns der Himmel verzeihen: wir werden den Weg gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt!“

Und der Universalmann Hugenberg sagte in seiner großen Wahlrede:

„Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte die Macht behalten — wie sie es auf alle Gefahr hin wollen.“

Diese Äußerungen aus erster Hand lassen ganz eindeutig erkennen, daß die angeblich Reichsregierung absolut nicht die Absicht hat, zu verschwinden, falls die Stimmzettelerklärung nicht die gewünschte parlamentarische Mehrheit bringt.

Und das stellt die deutsche Arbeiterschaft vor die entscheidende Frage:

Was geschieht nach dem 5. März, wenn die Hitler-Papen-Hugenberg trotz Wahlniederlage ihre Macht nicht abtrotzen?

Es darf bei Beantwortung dieser Frage nicht verkannt werden, daß die Regierung Hitler-Papen keine Papen-Regierung ist. Die Papenregierung Nr. 1 konnte auf parlamentarischem Wege beseitigt werden, — weil sie keine Massenbasis hatte. Die Papenregierung Nr. 2 hat diese Massenbasis in der Nazibewegung gefunden, und es ist sehr zweifelhaft, ob diesmal mit parlamentarischen Mitteln allein ein Regierungswechsel herbeigeführt werden kann. Dabei muß noch hinzugefügt werden, daß selbst ein nochmaliger Regierungswechsel noch lange kein Systemwechsel ist. Das hat der allzu häufige Regierungswechsel der letzten Monate zur Genüge unter Beweis gestellt.

Die Äußerungen aller nationalen Herren, die dieser Tage in Posten und Pöstchen geklettert sind, deuten an, daß

man vorläufig mal eine Weile an den Futterkrippen sitzen bleiben will.

Und die sich täglich häufenden Ueberfälle auf Arbeiter und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen liefern die Begleitmusik dazu. Was sich am letzten Sonntag in Eisenben abgepielt hat, ist nur ein Markstein in der Entwicklung des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterschaft. Derartige Ueberfälle auf Arbeiter und Arbeiter-eigentum werden sich vielleicht in den nächsten Wochen bis zum 5. März noch öfter ereignen, denn gewisse Kreise spielen ja schon ziemlich offen mit dem Verbot aller kommunistischen Organisationen. Und der Blutsontag von Eisenben kann vielleicht im größeren Maßstabe seine Wiederholung finden, wenn die Arbeiterschaft es am 5. März bei der Stimmzettelerklärung beläßt!

Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Kampf um den Sozialismus keine parlamentarische Angelegenheit ist. Infolgedessen kann der Stimmzettel niemals eine wirksame Waffe gegen die faschistische Diktatur sein!

Die Parolen der SPD und KPD, die allgemein besagen, daß am 5. März an Hitler-Papen-Hugenberg die Antwort erteilt werden muß durch Wahl der Liste 2 oder 3, bedeuten weiter nichts als ein Ausweichen oder Hinabschieben der wirklichen Entscheidungsschlacht.

Zu dieser Entscheidungsschlacht muß das Proletariat seine Kräfte sammeln. Es darf nicht versacken im Sumpf der parlamentarischen Stimmzetteldemokratie — oder es wird ein grausiges Erwachen geben in den Fesseln faschistischer Barbarei!

„Gegen Papen andererseits besieht eine Einheitsfront der öffentlichen Meinung, die nachgerade alle Parteien-Klassen- und Standesgruppen überblickt hat und sich nur noch einer winzigen Clique von machthungrigen Katastrophenpolitikern aus dem Herrenklub und dem Hugenbergkreise gegenüberstellt.“
(Dr. Goebbels im „Angriff“ vom 2. 12. 32.)

Drei Wochen ist nun schon Adolf Hitler ein eifriger Mitarbeiter im Kreise der „mächthungrigen Katastrophenpolitik“ und wie das so üblich ist bei diesen „feinen Leuten“, versetzt auch er durch gewaltige Reden notwendige Taten zu ersuchen. Allerdings kann man auf diesem Gebiete einen kleinen Fortschritt sehen, denn während bei Herrn von Schleicher das Regierungsprogramm nur aus einem Punkt, nämlich „Arbeit beschaffen“ bestand, hat Herr Hitler doch etwas mehr auf dem Kasten. Und so verkündete er in einer „gewaltigen Rede“ am 10. Februar in Berlin nicht weniger als neun Punkte seines „Regierungsprogramms“, von dem der erste so vielversprechend lautet: „Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln“. Nun, wir zweifeln nicht an der Aufrichtigkeit der Bestrebungen des Herrn Hitler, aber wir glauben bekommen zu müssen, daß eigentlich mit großartigen Reden in der Veranzugzeit sehr wenig gemacht worden ist. Großartig wurde in der ersten Rundfunkrede die Besetzung der Arbeitslosigkeit durch einen „Vierjahresplan“ angekündigt. Der Anfang dazu wurde auch schon gemacht. Der ehemalige „Börsezeitungsredakteur“ Funk hat „Arbeit“ als Reichspressesprecher bekommen. Der Nazi-Justizrat Luetzebrunn hat „Arbeit“ als Ministerialrat im preussischen Justizministerium bekommen. Die Herren Hall, Hinkel, Pfundtner, Kolb, Dalwege, sie alle haben ebenfalls Arbeit bekommen. ... Aber den acht Millionen Er-

BÜCHER
ALLER WISSENSGEBIETE

Alle einschlägige sozialistische und kommunistische Literatur / Romane / Neuerscheinungen aller Art
Zu beziehen durch:
NEUER ARBEITER-VERLAG
(Franz Rothler) : Berlin O 112 : Grünberger Straße 4

Aus der Broschüre „Massenaktion“

Der Massenkampf in der Gegenwart

Die jüngsten Ereignisse in verschiedenen Ländern haben die geschichtlichen Massenstreik-Lehren im Feuer der Praxis erhartet. Aus dem täglichen Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit ragen 1932 hoch hinaus der Massenkampf der belgischen Bergarbeiter, die Streikaktionen der Weber von Lancashire, die polnischen Bergarbeiterkämpfe in Dombrowa, der Kampf der tschechischen Kohlenarbeiter und schließlich der große Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Alle diese Kämpfe waren ein scharfer Spiegel für die reaktionäre Rolle der Gewerkschaften und für den eingetretenen Umschlag des Klassenkampfes auf das politische Feld.

Ein Musterbeispiel dafür war besonders der Berliner Verkehrsstreik. Dieser Kampf einer Arbeiterschaft mit sozialen Vergünstigungen (Pensionsanspruch etc.) zeigt, daß der fortgesetzte Lohnraub bereits jene äußerste Grenze der Unerträglichkeit erreicht hat, wo trotz aller gewerkschaftlich sanktionierten Schlichtungs-diktatur der Massenwille spontan zum Ausbruch drängt und selbst die Nazi-Arbeiter Solidarität über müssen. Die BVG-Proleten wollten selbstverständlich nach altem Gewerkschaftspraxis nur die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abwenden, es ging für sie lediglich um das berühmte „Stück Brot“. Aber ihre Rebellion gegen den verblödeten erklärten Schlichtungsanspruch rief sofort die kapitalistische Staatsgewalt auf den Plan. Die Schupo wurde zur Weiterführung des Verkehrs eingesetzt, der Schlichtungsanspruch wurde für die Aktienbesitzer angekerbelt und als Drittes in diesem Bunde zur Verteidigung der kapitalistischen Interessen organisierte die „zuständige“ Gewerkschaftsbürokratie die Niederknüpfung der BVG-Arbeiter durch polizeilich gesicherten Streikbruch.

So wurde der reinwirtschaftliche Berliner Verkehrsstreik sofort zu einem politischen Kampf, — nicht durch den Willen der streikenden Arbeiter, sondern durch das Eingreifen des Staates, der als Instrument der Kapitals-Konzerne heute auch ein Machtorgan zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Die BVG-Proleten haben gewiß gegenüber dem infamen Gewerkschaftsverband standgehalten, doch dies konnten sie nur auf Grund der aktiven Unterstützung durch die Arbeitslosen. Aber letztendlich siegte doch der kapitalistisch-staatlich-gewerkschaftliche Dreibund, denn die Streikenden zogen aus dem politischen Charakter ihres Kampfes nicht die notwendigen revolutionären Schluffolgerungen.

Das ist eben die große Lehre des Berliner Verkehrsstreiks (wie auch des belgischen Bergarbeiterkampfes vom Sommer 1932): Im heutigen Zeitalter des Monopolkapitalismus ist jeder schlichtungspolitisch nicht genehmigte Lohnstreik ein Kampf gegen die Diktatur des Großkapitals und damit ein Kampf gegen die kapitalistische Staatsmacht — also seiner Natur nach bereits ein politischer Streik! Politische Kämpfe können aber von Proletariat nur als Massenaktionen geführt werden und das bedeutet: Ausschaltung aller gewerkschaftlich-parlamentarischen Instanzen durch Schaffung einer politisch selbständigen und in der Masse direkt verankerten Kampfführung, Ausweitung des Streiks durch Einbeziehung möglichst breiter Arbeiterschichten, Anwendung revolutionärer Kampf-mittel (vor allem Stilllegung lebenswichtiger Betriebe), um so von der Abwehr zum Angriff übergehen zu können. Wenn die Proletarier sich für kommende Kämpfe eine solche Massenbasis und revolutionäre Rüstung schaffen, dann ist die Niederlage der Berliner Verkehrsarbeiter trotz alledem nicht vergebens gewesen. —

Der Berliner Verkehrsstreik hat darüber hinaus auch noch eine besondere Bedeutung insofern als er die Politik der KPD und RGO ins helle Licht gerückt hat. Die KPD hatte hier Gelegenheit, mit ihrer Parole „anteparlamentarische Massenmobilisierung“ die Feuerprobe zu machen und ihre Millionen-Anhängerschaft zur Totsolidarität aufzurufen ungeachtet der bevorstehenden Reichstagswahl. Statt dessen aber war der BVG-Streik für die KPD im Grunde nur eine willkommene Wahlparole, um eine Bombenreklame für die Liste 5 zu machen. In den Streikschüssen selbst waren die RGO-Mitglieder vor lauter Wahlfieber einfach unfähig, die notwendigen Schritte zu tun zur Verbreiterung der Front und zur Aufstellung einer revolutionären Kampfplattform. Und als der Wahltag vorbei war, da wollte die KPD mit ihren sechs Millionen Anhängern nichts besseres anzufangen, als für die gemäßigten BVG-Proleten Anträge im Stadtparlament zu stellen und Sammelbüchsen auszugeben.

Demgegenüber ist es heute die revolutionäre Aufgabe, zu versuchen, die Teilstreiks auf die höhere Stufe der Klassengrundlage zu erheben, indem den beruflichen Forderungen die Klassenforderungen der Arbeiterschaft vorangestellt werden. Nur die praktische Durchführung dieser Erkenntnis kann im Proletariat die notwendige breite Basis für die Entwicklung von Massenaktionen schaffen.

Der BVG-Streik hat somit kraft bewiesen, daß auch die Taktik der KPD und RGO, die kämpfende Arbeiter lediglich vor den bolschewistischen Parteikarren spannen will, ein hemmendes Element in der Entwicklung des proletarischen Massenkampfes ist.

Erste Umschau im Dritten Reich

Das dritte Reich, das „Reich der Herrlichkeit und Gerechtigkeit“ ist angebrochen. Es gibt zwar keine Arbeit, kein Brot, keinen nationalen Sozialismus, aber etwas verspürt man doch von dem „Aufbruch der Nation“. Es wird ernst gemacht mit der Parole „Straße frei für die SA“. Die Großoffensive gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft ist eröffnet. Kein Tag vergeht ohne Terrorakte der SA. Wir gehen folgenden kurzen Ueberblick:

In der Nacht vom ersten zum zweiten Februar wurde in Berlin-Charlottenburg der Arbeiter Paul Schulz von Nationalsozialisten erschossen, ein zweiter Arbeiter schwer verletzt. In der Nacht vom 2. zum 3. Februar kam es an mehreren Orten zu SA-Feuerüberfällen. In Duisburg wurde eine am Fenster stehende Arbeiterfrau erschossen. In Witte an der Ruhr wurde ein Demonstrationszug der SPD von der SA überfallen und 11 Arbeiter verletzt, darunter 4 schwer verwundet. In Altona wurden 7 Arbeiter verletzt, einer getötet. Am 5. Februar gab es in Köln einen Feuerüberfall der SA, ein Arbeiter wurde schwer verletzt. In der Nacht vom 6. zum 7. Februar wurde in Berlin-Schöneberg und erschloß die Wirtin Frau Röder. In der Nacht vom 6. zum 7. Februar schoß die SA in Berlin-Charlottenburg auf 3 heimkehrende Arbeiter, dabei überfiel die SA des kommunistischen Arbeiter E. Berner und Alfred Neckeritz durch Schüsse von Nationalsozialisten schwer verletzt. Am 7. Februar wurde der Schöffier Koltschik in Berlin nach einem Versammlungsbesuch von Nationalsozialisten erschossen. Am 8. Februar wurden wieder Arbeiter, die aus einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf kamen, von Nazi-Überläufer zwei Arbeiter und die Arbeiterin Alice Radex schwer verletzt. Am 9. Februar ver-

übten Nazis im Osten Berlins, in der Schillingstr., einen Ueberfall, wobei ein Arbeiter Messerstücke in die Schläfengegend erhielt und blutüberströmt zusammenbrach. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Kommentar erhebt sich:

Die „Gerechtigkeit“ im dritten Reich geht aber auch andere Wege. Von Regierungsseite werden die „marxistischen Untermenschen“ mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft. Es ist nicht schwer, sich in den Gesetzen zurecht zu finden: Erlaubt ist, was die Regierung in ihrer Macht unterstützt, was im Interesse des „Aufbruchs der Nation“ geschieht; alles andere ist — kurz gesagt — verboten. (Siehe die neue Presse-Verordnung.) Bereits am 2. Februar wurden vom Innenministerium sämtliche kommunistischen Kundgebungen unter freiem Himmel verboten. Das Trauergeleit für die drei von den Nazis getöteten Berliner Arbeiter wurde verboten. Der Antikommunistenstreik der Mitte Februar stattfinden sollte, wurde verboten. Sämtliche Arbeiterversammlungen, häufig auch Mitglieder-versammlungen werden polizeilich überwacht. Die Arbeiterpresse wird rücksichtslos zum Schweigen gebrächt. Die Rote Falne war seit dem 1. Februar mehrmals beschlagnahmt bzw. verboten und ist ab 11. 2. wieder für 14 Tage verboten. Die Ruhrpresse der KPD wurde ab 2. für 4 Wochen verboten. Selbst der „Vorwärts“ war 3 Tage verboten! Aber vergessen wir es nicht: all dies geschieht auf dem Boden der Weimarer Verfassung! Wie heißt doch der Artikel 118? „Jeder Deutsche hat die recht. Innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.“ Haben wir nicht noch immer die Freiheit, zu loben, was von oben kommt?